

GEW kritisiert den großen Spielraum der Länder

Berlin. Die Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft kritisiert die Entscheidung von Bund und Ländern über Schulen scharf, weil sie zu viele Lücken aufweist. „Die Union für Bildung und Wissenschaft (GEW) unterstützt grundsätzlich die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und des Premierministers, die Sperrung für Schulen und Kindertagesstätten bis zum 14. Februar zu verlängern“;, sagte GEW-Chef Marlis Tepe RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Die Eröffnungsklauseln geben den Bundesländern jedoch immer noch weitreichenden Spielraum, um Schulen und Kindertagesstätten offen zu halten“;, fügte sie hinzu. „Wir kritisieren das scharf, weil die Länder noch entscheiden können, wie das Abkommen umgesetzt werden soll. So bleibt es …

Berlin. Die Gewerkschaft für Bildung und Wissenschaft kritisiert die Entscheidung von Bund und Ländern über Schulen scharf, weil sie zu viele Lücken aufweist.

„Die Union für Bildung und Wissenschaft (GEW) unterstützt grundsätzlich die Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und des Premierministers, die Sperrung für Schulen und Kindertagesstätten bis zum 14. Februar zu verlängern“, sagte GEW-Chef Marlis Tepe RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). „Die Eröffnungsklauseln geben den Bundesländern jedoch immer noch weitreichenden Spielraum, um Schulen und Kindertagesstätten offen zu halten“, fügte sie hinzu. „Wir kritisieren das scharf, weil die Länder noch

entscheiden können, wie das Abkommen umgesetzt werden soll. So bleibt es beim föderalen Patchwork-Quilt in der Bildung. „“

Tepe sagte: „Bildungspersonal, Kinder und Jugendliche und ihre Eltern wollen ein landesweit einheitliches, verbindliches Verfahren.“ Schulen und Kindertagesstätten benötigen eine klare Strategie und einen zuverlässigen Schritt-für-Schritt-Plan, in dem festgelegt ist, welche Maßnahmen für welche Inzidenzwerte wirksam sind.

Lesen Sie weiter nach der Anzeige

„Die Akzeptanz der Resolutionen wird bei allen Schul- und Kindertagesstätten abnehmen, wenn die Bundesländer auch bei vergleichbaren Inzidenzzahlen nach wie vor unterschiedliche Maßnahmen ergreifen.“

Der Vorsitzende der Vereinigung für Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, gab eine ähnliche Erklärung ab. „Wir unterstützen diese Entscheidung, da sich gezeigt hat, dass die Schließung von Schulen einen hohen Anteil an der Verringerung der Zahl der Infektionen in der Bevölkerung hat“, sagte er dem RND über die Entscheidungen des Kanzlers und des Premierministers. „In der Pressekonferenz hat die Bundeskanzlerin darauf hingewiesen, dass die restriktive Umsetzung vorangetrieben werden muss“, sagte Beckmann. „Die Kulturministerien sollten dies ernst nehmen und entsprechend handeln.“

Denn es bleibt die Frage, ob die Entscheidung von den Bildungsministerien erneut erhoben wird. „Was nach der letzten Entscheidung auf Bundesebene geregelt wurde, lässt einen teilweise fassungslos werden“, sagte Beckmann. Ein Beschluss,

der die Schließung der Schule vorsieht, wurde mit der Aussetzung der Anwesenheitspflicht nicht angemessen umgesetzt. „Dies nimmt die eigentliche Sorge ad absurdum. Solche Schlupflöcher dürfen nicht offen gehalten werden. „“

GEW-Chef Tepe machte auch deutlich: „Auch im Hinblick auf das Recht auf Notfallversorgung hat die Politik ihre Hausaufgaben nicht gemacht: Die Menschen brauchen klare, verständliche und einheitliche Vorschriften, anstatt die Entscheidung wie bisher an Kindertagesstätten, Schulen und Eltern weiterzugeben . „

Es ist nicht die Aufgabe eines Erziehers, aber es liegt auch nicht in der Verantwortung der Eltern, zu entscheiden, ob Kinder in die Notfallversorgung aufgenommen werden sollen. „Darüber hinaus haben die Maßnahmen derzeit dazu geführt, berichten viele Pädagogen aus der täglichen Arbeit, dass es trotz der Sperrung so etwas wie einen eingeschränkten regulären Betrieb in ihren Einrichtungen gibt“, sagte Tepe. „So kann es nicht weitergehen.“

Tepe kritisierte: „Selbst nach neun Monaten sind die meisten Schulen noch nicht ausreichend für Fernunterricht ausgestattet. Die Bildungsminister müssen hier endlich das Tempo erhöhen. „“

Trotz aller Fortschritte gibt es immer noch keine landesweite Versorgung von Lehrern und Schülern mit digitalen Endgeräten, es mangelt an stabilem, schnellem WLAN, das Geld für IT-Administratoren befindet sich noch im Einigungsprozess zwischen Bund und Ländern und kann daher nicht für Schulen verwendet werden.

„Die Bildungsminister müssen endlich ein Konzept vorlegen, wie Prüfungen und Abschlüsse unter Corona-Bedingungen zu gestalten sind“, forderte der GEW-Chef. Für die Prüfungen in den dualen Ausbildungsberufen müssten mit den Kammerorganisationen tragfähige Lösungen gefunden werden.

„Es hat absolute Priorität, dass die Bundesländer eine rechtlich sichere Vereinbarung treffen, dass sie alle Schulabschlüsse gegenseitig anerkennen.“

Inspiziert vom LVZ Newsticker -> [Zum kompletten Artikel](#)

Details

Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)